

Es gilt das gesprochene Wort!

Hinweis: Diese Rede kann hier als Video abgerufen werden:

<http://www.landtag.ltsh.de/aktuelles/mediathek>

LANDTAGSREDE – 28. März 2025

Martin Habersaat

Allianz für die Lehrkräfte in Schleswig-Holstein

TOP 25+26: Gemeinsame Beratung

a) Arbeitszeiterfassung für Schleswig-Holsteins Lehrkräfte

b) Für den Verbleib von Lehrkräften an Schulen – gegen den Lehrkräftemangel

(Drs 20/3045, AltA 20/3097, 20/3046, AltA 20/3108)

„Mehr Unterricht – das bedeutet mehr Bildungsgerechtigkeit und genauso eine Entlastung für Lehrerinnen und Lehrer.“

Das sagte kein geringerer als Ministerpräsident Daniel Günther in seiner Regierungserklärung am 29. Juni 2017. Nun stehe ich hier mal wieder und messe Sie an Ihren eigenen Worten.

Zu fragen ist ja:

Bedeutet dann „weniger Unterricht“ weniger Bildungsgerechtigkeit und mehr Belastung für die Lehrkräfte, die mit ihren Schülerinnen und Schülern die gleichen Bildungsstandards in weniger Zeit erreichen müssen? Ob politisches Ziel oder einfach nur bildungspolitischer Kollateralschaden ihrer Haushaltspolitik: Sowas kann doch nicht Ihr Ernst sein!

Übrigens ging es wegweisend weiter: „Darum geht es uns auch; denn sie brauchen Kraft und Gesundheit, um gemeinsam mit Schülern und Eltern gute Schule zu gestalten, wo Schülerinnen und Schüler Leistung erbringen wollen und können.“

„Kraft und Gesundheit“, Anrede, Lehrkräfte brauchen „Kraft und Gesundheit“ - Ihre Worte, Herr Ministerpräsident!

Zurecht: Bildung ist der Grundstein für die Zukunft unserer Gesellschaft. Doch Bildung funktioniert kaum ohne Lehrkräfte oder mit Lehrkräften, denen es an Kraft und Gesundheit fehlt.

Der Lehrkräftemangel stellt eine Belastungsprobe für unser Bildungssystem dar, der auf vielfältigen Wegen begegnet werden muss. Da laut Statistischem Bundesamt rund ein Drittel der Lehrkräfte über 50 Jahre alt sind, ist zu erwarten, dass diese mittel- oder kurzfristig in Pension gehen. Diese Altersstruktur unterstreicht die Bedeutung der Lehrkräftegewinnung. Sie zeigt aber auch, dass es zusätzlich Maßnahmen zum Erhalt von Lehrkräften in unserem Bildungssystem bedarf. Das gilt insbesondere im Kontext der letzten Berichte der Landesregierung, nach denen eine hohe Arbeitsbelastung besteht und lediglich 16,53% der Lehrkräfte bis zum Erreichen der Altersgrenze im aktiven Dienst verbleiben.

Da solcherlei Maßnahmen zugleich die Attraktivität des Lehrer*innenberufs fördern, wirken sie sich auch positiv auf die Lehrkräftegewinnung aus. win-win-win.

Von den elf Punkten, die wir Ihnen dafür vorschlagen, möchte ich auf drei besonders eingehen:

Punkt 1

Lehrkräftestellen müssen analog zu den steigenden Schüler*innenzahlen anwachsen. In Bereichen, in denen Schüler*innenzahlen sinken, werden die Lehrkräftestellen zu Verbesserung der Unterrichtsversorgung und der Unterrichtsqualität genutzt.

Meine Damen und Herren von CDU und Grünen, Sie haben einen Nachtragshaushalt für 2025 angekündigt. Sie haben es in der Hand: Hören Sie auf damit, in Zeiten steigender Schüler*innenzahlen Stellen von Lehrkräften abzubauen. Es ist falsch. Schleswig-Holstein steht in vielen Kennzahlen im Bildungsbereich schlecht da. Das wird sicher nicht besser, wenn man in diesem Bereich kürzt. Und man müsste es auch nicht tun. Das haben wir Ihnen mit unseren Haushaltsanträgen gezeigt und das gilt umso mehr durch die jüngsten Beschlüsse auf Bundesebene.

Punkt 2

Vorzeitige Auswertung des Modellvorhabens der Schulverwaltungskräfte und zeitnahe flächendeckende Umsetzung der Ergebnisse.

Hören Sie auf mit Schaufensterprojekten, die drei Jahre an fünf Schulstandorten irgendetwas erforschen und in Wirklichkeit nur das Ziel verfolgen, unangenehme Debatten in die Zukunft zu verschieben. Kommen Sie jetzt zu konkreten Maßnahmen.

Punkt 11

Entwicklung von Altersteilzeitmodellen, die es mehr Lehrkräften ermöglichen, bis zum Erreichen der Regelaltersgrenze im Dienst zu verbleiben. Das kann im Zuge der notwendigen Überlegungen über alternativer Arbeitszeitmodelle für Lehrkräfte geschehen. Grundlage hierfür wäre eine Arbeitszeiterfassung.

Andere Länder sind hier weiter als Schleswig-Holstein. Hamburg hat längst ein anderes Arbeitszeitmodell. Sachsen hat die Arbeitszeiten ermittelt. Bremen will in die Arbeitszeiterfassung einsteigen.

Lehnen Sie sich nicht zurück, bis es noch mehr werden, sondern beteiligen Sie sich, wenn jetzt das Land Bremen sich auf den Weg macht."